

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit den tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst
für den Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringens monatlich 40 Pf.
Durch die Post bezogen monatlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erhöht mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 2465.
Erscheinungszeitung am Montag bis 1 Uhr.
Erscheinungszeitung am Dienstag bis 1 Uhr.
Erscheinungszeitung am Mittwoch bis 1 Uhr.
Erscheinungszeitung am Donnerstag bis 1 Uhr.
Erscheinungszeitung am Freitag bis 1 Uhr.
Erscheinungszeitung am Samstag bis 1 Uhr.
Erscheinungszeitung am Sonntag bis 1 Uhr.

Inschrift werden die Originalen mit 25 Pf. berechnet, bei vorläufiger
Einschickung nach Bedarf. Verlagspreis 20 Pf. Invermeidlich
bis spätestens 7, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und hat zu
behalten. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 293.

Dresden, Sonnabend den 18. Dezember 1909.

20. Jahrg.

Der Kaiser und die Kanzler.

In säkularen Blättern werden äußerst drastische Mitteilungen gemacht über die Verabredung des kaiserlichen Willens mit dem kaiserlichen Dienst. Je mehr über das Ende der glorreichen Kaiserzeit bekannt wird, um so jammervoller erscheint der Stand dieses Mannes, der zehn Jahre hindurch im Glanz der Macht wandelte und oft genug alle Regierer der Postzeit gegen ihm unüberlegte politische Faktionen zog.

Kanzler: wie im Deutschen Reich Kanzler kommen und die Kanzler gehen, das ist nicht bloß ein gewichtiges Verfassungsproblem von Bedeutung für das Volk und keine parlamentarische Vertretung, das ist auch von Bedeutung für die Eitelkeit der Charaktere, die bei uns bereit sind, unter Wilhelm II. das Kanzleramt zu bekleiden. Die Reichsverfassung gibt dem Kaiser die absolute Macht, die Kanzler zu ernennen und zu entlassen, da er in Person erscheint, erklärt, er habe in der Reichsverfassung dem Kaiser eine große Befugnis bezeugt. Der jetzige Kaiser wollte sein eigener Kanzler sein. Kein Wunder, daß infolge der unumkehrlichen Rolle, die der Kaiser zugewiesen bekam, die Rolle der Kanzler eine höchst fragwürdige wurde. Ein Kanzler, der ganz und gar von der Meinung des Kaisers abhängig ist, der eben Tag verabschiedet werden kann, ist niemals fähig vor jenseitigen Bedenken zu bestehen. Wer sich unter solchen Verhältnissen als Kanzler zu betätigen wagt, der muß schon ein außerordentlich konstanter Charakter sein.

Wohlgemerkt Reichskanzler ist es gelungen, in Frieden von Wilhelm II. zu scheitern. Bei der Schlussabrechnung mit Bismarck ging es so lebhaft zu, daß Wilhelm II. nach eigenem Geständnis seinen Unvermögen erwarnte, von einem Fiskus zu profitieren zu werden. Die politische Verwicklung blieb in der Hauptsache nur äußerliche Form, die Bismarcksubjekte sollten benutzt werden. Wie wenig tief der Frieden zwischen dem Kaiser und dem Reich ist, das zeigt schon die Tatsache, daß man nach dem Ende der ersten Tag, da der dritte Band der Bismarck'schen Memoiren in der Öffentlichkeit erschienen ist.

Capri's Ende war so ruhmlos wie möglich. Er wurde durch die Kaiserpolitik gemeldet, und als er das Kanzleramt verließ, blieb ihm von der jüngeren Herrschaft nicht das geringste übrig, er war vergessen und verdrängt schon bei Schiller, begleitet nur vom Gedächtnis der Ägypter, die er durch die „retrograde Tat“ der Handelsverträge gequälte Late. Auch Bismarck mußte die Abwesenheit der Kaiserpolitik kennen lernen. Er erhielt den Entlassungsbrief ganz unversehens, als er nach Hamburg fuhr, um den Kaiser zu verabschieden, doch endlich nach der bereits monatelangen Dauer der kaiserlichen Abwesenheit den Reichstag zu besuchen. Der Kaiser beabsichtigte damals, auf der Seeburg in römischer Umgebung zu erscheinen, wobei er in den Herrscher eines Weltreichs zu symbolisieren, Hohenlohe aber keine von dieser Tracht abgesehen. Ob mehr die Kaiserpolitik über die Bismarck'sche oder mehr der Eingriff in die Kaiserpolitik den Kaiser verstimmt haben, ist nicht bekannt. Jedenfalls rechnete Bismarck Hohenlohe nicht zum Schutze der Regierung.

Nun kam Bismarck, der Untergeordnete, der moderne Mensch, der es wunderbar verstand, mit Wilhelm II. umzugehen. Kein Kanzler fand so sehr in der Gunst des Kaisers wie dieser Seiltänzer, wie er seit den Novemberstürmen vor einem Jahre in Hofkreisen genannt wurde. Aber auch er mußte erfahren, daß ein Kanzler, der auf die Gunst eines Einzelnen angewiesen ist, auch die Reiberei der Gunst erleben kann. Bismarck hat sich mit jeder Lebensstufe am Kaiser gehalten. Aber die Kaiserpolitik haben ganz recht: sie haben Bismarck nicht geführt, er war schon im November 1908 völlig reif zum Abgang, als er den Kaiser nicht mehr genug im Reichstag beistehen konnte. Nur die Kaiserpolitik, die erst jetzt gemacht werden sollte, gab ihm noch eine Selbsterhaltung. Selbst Drohungen halfen ihm nicht. Er hat im Reichstag ohne jede erkennbare Ursache gelegentlich, als er schon wollte, erklärt, er werde keine Aufzeichnungen über seine Kanzlerzeit hinterlassen. Das war nach einem Epirographen die laum verstellte Drohung, keine Erklärungen loszulassen, wenn man ihn reizt. Doch auch das hat ihm nicht genügt. Sein Sturz war ebenso trüblich wie seine Kanzlerzeit glanzvoll. Er wurde ohne viel Heftigkeiten verabschiedet; es war im Schloßgarten am Kreuzer, nahe dem gewöhnlichen Publikum, das kaum zuhause. Der Kaiser war im grünen Jagdhut und alles verlief sehr kühnig. Aber die Szene ist photographiert worden, es ist dafür gesorgt worden, daß noch die Kammer betreten kann, wie der glänzende Bismarck ein unartiges Kniegeheuchelt.

Aber am meisten charakteristisch für den unglücklichen Abgang Bismarck sind die ersten Reichstagsverhandlungen unter Bismarck's Führung. Dieser neue Diener des Kaisers, der ein Intimus Bismarck's war, erwiderte die Vorgänge nicht mit einem Wort. Bismarck hat Bismarck auch sein offizielles Anerkennungs schreiben erhalten und kann es gelegentlich produzieren. Aber wie ist doch möglich, daß er sich geworden von diesem Zauberkünstler Bismarck, der Tausende viele Jahre lang mit seinen Freiwortreden unterhalten hat! Bismarck weiß nun kein im Ausland und als kritischer Bismarck wird er dort nicht den am Bismarck'sche dazupaten Feindlich seine Äußerungen:

Keine Messe wird man singen,
Keinen Gottesdienst wird man lesen,
Nichts gesagt und nichts erlungen
Wird an meinen Sterbetagen ...

Wilhelm II. will kein Kaiser sein, wie es ihm die Verfassung gestattet. Also wählen auch die Kanzler, der Verfassung obdienen, die Kanzler dieser Verfassung zu wählen bekommen. Wenn sie aber einmal nicht bloß Diener, wenn sie Kaiser er sein wollen, dann werden sie wohl selbst schließlich diese absolutistische Verfassung im Zeitalter mächtiger Volksbewegungen als unmöglich und unheilbar erkennen müssen.

Der englische Wahlkampf.

Von unserem Korrespondenten

J. a. London, 16. Dezember.

Mit der großen Rede des Premierministers Asquith in der Albert-Halle und der Veröffentlichung des Manifests des konservativen Führers Balfour haben die beiden Parteien ihre Kampfstellungen eingenommen und die eigentliche Wahlkampagne eröffnet. Der erste und lehrreichste Teil des Wahlkampfes ist der Kampf um die Wahlparole. Die Partei, der es gelingt, den Wählern die ihr am besten zuzugewandene Wahlparole aufzubringen, die für sie vorteilhafteste Frage ihrer Entscheidung vorzulegen, diese Partei hat das Spiel bereits halb gewonnen.

In dieser Beziehung haben die Liberalen bisher einen merkwürdigen Erfolg erzielt. Von Anfang an haben die Liberalen und die Regierung die größten Anstrengungen gemacht, den Verfassungskonflikt, die Beziehungen zwischen Unterhaus und Oberhaus, in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu drängen. Alle anderen Vorhänge und Streitpunkte, wie nicht nur internationale Politik und Sozialreform, sondern auch das Budget und Bodensteuererhöhungen, die Liberalen wollten und wollen die Liberalen gänzlich zurücktreten lassen. Und der anderen Seite waren die Konservativen ebenso eifrig bemüht, gerade der Frage des Verfassungskampfes um jeden Preis auszuweichen. Aber darüber, was an die Stelle dieses Kompromisses gesetzt werden soll, auf welche Wahlparole man seine Kandidaten konzentrieren soll, darüber herrscht im konservativen Lager wieder Einigkeit und Klarheit. Von der Tarifreform taumelt man zur sozialistischen Gefahr und landet schließlich beim Gegenpol der deutschen Sozialisten. Aber die eine wie die andere Partei ihre Kandidat bei den Wählern verloren zu haben.

Augenblicklich steht jedenfalls noch immer der Kampf zwischen Unterhaus und Oberhaus im Mittelpunkt der Diskussion und es scheint auch, daß diese Frage die Wahlen entscheiden wird. Die Politik der Regierung und der liberalen Partei heißt Asquith in der erwähnten Rede, die einzige Aufgabe auf sich genommen habe, den Grundgedanken der repräsentativen Regierung zu verankern und auf eine unerschütterliche Grundlage zu stellen. Die Regierung verlange vom Volk die Vollmacht, einen durch die Jahrhunderte geheiligten Verfassungsbrauch in ein geschriebenes Gesetz zu überführen, welches den Grundgedanken, daß sich die Lords in keiner Weise in die Finanzen hineinmischen können, ausdrücklich und vollständig anerkennt. Ferner erklärte Asquith, daß das absolute Veto des Oberhauses beseitigt werden müsse. Diese Verankerung innerhalb ein und derselben Periode der Verfassung erhalten müsse. Diese Reform, erklärte Asquith, müsse mit einer Verlängerung der Parlamentsperiode auf fünf oder vier Jahre begleitet sein.

Dies ist die Antwort der liberalen Regierung auf den Verfassungskampf der Lords, in welchem ihre unerschütterlichen Proklamationen ihren Gipfelpunkt erreichten. Diese Antwort zeigt jedenfalls, daß sich die Lords keineswegs verhalten hätten, wenn sie sich aus der Erwägung heraus so selbstschuldig frei in den Kampf stürzten, daß die Liberalen nicht den Mut besäßen würden, ihren eventuellen Sieg rückfälligkeit auszusprechen, und die Lords endgültig zu verurteilen. Den Gedanken der Abschaffung des Oberhauses wies Asquith in seiner Rede mit der größten Entschiedenheit zurück. Als treuer Anwalt der Interessen der besitzenden Klassen würde er auch der liberalen Premierminister und natürlich ebenso die überwältigende Mehrheit der gesamten liberalen Partei als eine große nationale Gefahr ansehen, wenn man die Geschichte des Landes ausschließlich einem von dem so unbedenklichen Willen der Wahlen abhängigen Abgeordnetenhaus ausliefern würde. Auch die Liberalen wären die privilegierte Kammer, das letzte Bollwerk der besitzenden Klassen gegen die Herrschaft des Volkes, nicht entbehren.

Das Kampfgeld der Regierung ist also im wesentlichen nichts anderes, als die Erhaltung des bisherigen Zustandes. Es ist keine bloße Redensart, wenn die Liberalen erklären, daß ihre Regierung die eigentliche konservativste Partei sei, daß sie bloß die Lords beschützen wollen. Aber trotzdem wäre es ein ungeheurer Verstoß gegen die Unterhaus über die Staatsfinanzen gelegentlich Ansetzung dieses bodenständigen Grundgesetzes, welche jede künftige Maßnahme machen würde. In dieses Vorrecht einmal unbedingt und nur den Interessen der Volkswirtschaft dienenden Unterhauses zu einer unüberwindlichen Waffe und zum Hebel der völligen Umwälzung der gegenwärtigen Gesellschaft werden.

Gegegen hat die Erklärung Asquith's mit Bezug auf die

Einschränkung des Vetos des Oberhauses unteres Erwachtens nicht viel praktische Bedeutung. Die Erklärung ließ an Bestimmtheit sehr viel zu wünschen übrig. Es scheint, daß Asquith im großen und ganzen dieselbe Reform im Auge hat, welche sein verstorbenen Vorgänger Campbell-Bannerman in seiner bekannten Unterhaus-Resolution vom Jahre 1906 leitete. Von jenem Vorhange ist seit 1906 nicht viel wieder gehört worden, wenn man auch im liberalen Lager zu der Erkenntnis kam, daß diese Reform so schwerfällig und das vorgezeichnete Verfahren so umständlich wäre, daß sie ihren Zweck verfehlen und die Macht der Lords nicht wesentlich einschränken würde.

Zimmerhin ist es zu begreifen, daß die Regierung in dieser Richtung und nicht in der einer „Reformierung“ des Oberhauses vorzuziehen gedenkt. Es scheint, daß innerhalb des Ministeriums selbst große Kämpfe über diese grundsätzliche Frage ausgefochten worden sind. Auf der einen Seite stand die radikale Gruppe unter der Führung Lloyd George's und Winston Churchill's, auf der anderen Seite die realistische, deren Wortführer Sir Edward Grey und Balfour sind. Noch während der letzten Woche hat sich Sir Edward Grey in einer Versammlung zugunsten der „Reform“ des Oberhauses ausgesprochen. Wie die Erklärung Asquith's zeigt, hat in dieser Frage der radikale Flügel des Kabinetts den Sieg davongetragen. Eine „Reform“ des Oberhauses würde selbstverständlich dessen Macht und Prestige nicht einschränken, sondern stärken. In der Tat ist jetzt ein Teil der konservativen Presse darauf verfallen, in diesem Vorhange ihr Spiel zu suchen.

Von der früheren Siegesgewissheit der Konservativen merkt man jetzt nicht viel. Benutzend halten sie ihre Pläne für alle Eventualitäten bereit und die Lords lassen durchblicken, daß sie von dem einmal beschrittenen revolutionären Wege nicht ohne weiteres abgehen wollen. Es ist klar, daß eine siegreiche liberale Regierung ihre Drohungen gegen die Lords in letzter Linie nur durch die Inanspruchnahme der Verträge der Krone auf verfassungsmäßigem Wege verwirklichen kann. Wenn die Lords eine vom Unterhause angenommene Gesetzesvorlage, die ihre Befugnisse einschränkt, zurückweisen, dann bleibt bei liberaler Regierung und dem Unterhause nur ein konstitutioneller Weg, um ihrem Willen Geltung zu verschaffen. Die Regierung muß dann den König veranlassen, von seinem Veto, neue Oberhausmitglieder in beliebiger Zahl zu ernennen, Gebrauch zu machen und so viel neue liberale Lords zu schaffen, daß die Regierung eine Mehrheit im Oberhause erhält. Wie man sieht, können die Vorrechte der Krone, wie die Dinge in England liegen, unter Umständen zu einer Waffe der Volkverrettung werden. Dies erlaubt, scheuen sich die Lords, die sonst gewöhnlich feiner republikanischer Gesinnung verächtlich sind, nicht, die Vorrechte der Krone anzutasten. Die konservativen Presse macht schon jetzt tiefstimmige Betrachtungen darüber, daß eine weitgehende Anwendung der Vorrechte der Krone mit großen Gefahren verbunden und deshalb unangenehm sei. Für sie ist der König nur absolut, wenn er ihren Willen tut.

Cleopold.

Der tote Belgierkönig, dem die Tänzerin Cleo de Merode einen zweiten Namen ließ, macht der bürgerlichen Presse im Tode noch zu schaffen, wie er ihr im Leben schon genügend zu tun gab. All die Blätter und Blättchen, die von ihm wegen jeden toten Königs zu beweinen haben, mühten Cleopold dem Volke wenigstens in den Nachrufen als strahlendes Engelsbild hinterlassen. Jedoch es gelingt nicht, er war nun einmal eine monarchische Vorläufer Tropfen hatte er Freunde genug und zwar nicht nur in den Kreisen, in denen man sich nicht langweilt, sondern namentlich in den Kapitalistenkreisen des Landes.

Cleopold nahm sich von Jugend auf eifrig der Interessen des Kapitals an. Epirograph ging er mit Initiativen in der Kolonialpolitik voran, erweckte im belgischen Kapital Interesse für den Verkehr mit den „wildem“ Ländern. Seine Reise nach China in den sechziger Jahren, dann seine Agitation für die Anknüpfung von diplomatischen Beziehungen zu dem Reich der Mitte waren nicht nur für Afrika berichtet, als Cleopold in den achtziger Jahren die belgischen Kapitalisten nach Afrika zu drängen begann. Er brachte das Kapital auf, das zur Gründung des Kongostaates nötig war, und als er im Jahre 1885 von der internationalen Kongokonferenz, trotz feudaler Herkunft ein kapitalistischer Mann kein kann. Der nationale Kapitalist ist, aber Cleopold gelang es, durch die Ausweitung des englisch-belgischen Gegenjohes den Kongos zur Domäne hervortragend finanziell beteiligt war. Dem belgischen Staate ihn später noch einmal bei der „Abrechnung“ des Kongos schändlich ausbeutete, indem er die Belgier für seine Kongokolonien ausbeutet wurden, haben wir mehr als einmal darüber blut- und schmutzige Vertreter. Er war der belgische Vampir, ganz Ausbeutungsmaschine. Selbsteiglichen haben wir